

Judith Felten

Die Versicherunglichung der Öffentlichkeit

Eine Dekonstruktion des Konzepts Informationskrieg



Nomos

Judith Felten

Die Versicherunglichung der Öffentlichkeit

Eine Dekonstruktion des Konzepts Informationskrieg



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Dresden, TU, Fakultät Sprach-,
Literatur- und Kulturwissenschaften, Diss., 2023

ISBN 978-3-7560-1292-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-4076-0 (ePDF)

1. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung oder Die Konzeption eines neuen Krieges: „Informationskrieg“	9
2. Eine Spielart des Poststrukturalismus: Vom Zeichen zur Kultur	33
2.1 Semiotik: Zeichen als Ausgangspunkt der Sinnproduktion	35
2.2 Dekonstruktion: Kritik des Sinns	45
2.3 Diskurs: Reproduktion des Sinns	49
2.4 Sprechakt: Iterabilität des Sinns	52
2.5 Dekonstruktive Diskursanalyse: Operationalisierung poststrukturaler Theorien	56
2.6 Narrative (Re-)Konstruktion: Vom Korpus zum Kommentar	72
3. Identitätskonstruktion mittels normativer Leitkonzepte: Krieg und Frieden	77
3.1 Krieg als Manifestation der antagonistischen Ordnung	78
3.1.1 Identitätskonstruktionen im Inneren und nach Außen	82
3.1.1.1 Normative Ordnungsversuche	86
3.1.1.2 Semantik divergenter Realitätskonstruktionen	90
3.1.1.3 Umkehrung der normativen Logik	95
3.1.2 „Krieg“ neu denken	100
3.2 Frieden als gemeinsame Identifikationsbasis einer hegemonialen Ordnung	102
3.3 Narrative Identitätskonstruktion mittels Bedrohungs-/ Sicherheitskonzeptionen	113

4. Der gesellschaftliche Raum der Identitätskonstruktion: Öffentlichkeit und Demokratie	119
4.1 Öffentlichkeit als normative Bedingung für Demokratie	121
4.2 Medienöffentlichkeit moderner Gesellschaften	127
4.3 Strukturwandel der Medienöffentlichkeit	130
4.4 Öffentliche Kommunikation zwischen Schutz und Kontrolle	135
5. Die Militarisierung gesellschaftlicher Infrastruktur: Information und Kommunikation	139
5.1 Informationen als in Zeichensysteme eingebundene Wirklichkeitsbedingungen	140
5.1.1 Technischer Informationsbegriff und soziale Interaktion	143
5.1.2 Sozialer Informationsbegriff und technische Infrastruktur	149
5.1.3 Informationen als Waffen	152
5.2 ‚Informations-‘ oder ‚Wissensgesellschaft‘ als Voraussetzung für den ‚Informationskrieg‘	157
6. Die Naturalisierung gesellschaftlicher Artefakte: (Cyber-)Raum und Informationsumfeld	163
6.1 Strukturwandel des sozialen Raums	164
6.2 Vernetzung von Konfliktschauplätzen im digitalen Raum	170
6.3 Entmaterialisierte Zeichenräume	177
6.4 Bedrohung und Inszenierung im Informationsumfeld	179
6.5 ‚Cyber-Raum‘ und ‚Informationsumfeld‘ als Operationsräume	185
7. Die Macht des Zeichensetzens: ‚Hard Power‘ und ‚Soft Power‘	193
7.1 Machtressourcen politischen Agierens im ‚Informationszeitalter‘	194

7.2	Kultivierung von Einfluss mittels strategischer Kommunikation	201
7.2.1	Konzepte öffentlicher Einflussnahme zwischen ‚Propaganda‘ und ‚Public Diplomacy‘	205
7.2.2	‚Fake News‘ als ein altes Konzept mit neuer Reichweite	213
7.2.3	Desinformation und das Wiederaufleben alter Konstrukte	222
8.	Vom „snappy title“ zur Doktrin: Ein Schlaglicht auf den russischen Diskurs moderner Kriegsführung	229
9.	Fazit oder Die secularization der „weaponisation of information“: Narrative und ‚Informationshoheit‘	243
10.	Literatur	267
10.1	Primärquellen / Sigelverzeichnis	267
10.2	Sekundärquellen	272

1. Einleitung oder Die Konzeption eines neuen Krieges: ,Informationskrieg‘

„WAR IS OVER!
IF YOU WANT IT

Happy Christmas
from John & Yoko“

I

Das bekannte Zitat von Yoko Ono und John Lennon entstand 1969 im Kontext des Vietnamkrieges. In ihrer Antikriegskampagne richteten sich die beiden Musiker:innen nicht etwa an die politischen Entscheider:innen und General:innen, denen die Gesellschaft die Macht zuspricht, einen solchen, unter anderem staatlich geführten Krieg zu beenden, sondern an die Bürger:innen. Lennon expliziert später in einem Interview, „dass wir genauso verantwortlich sind, wie der Mann[,] der die Knöpfe drückt“ (Sheff 2002: 175). Damit hat der Text an Aktualität nichts eingebüßt – abgesehen davon, dass heute auch Frauen die Knöpfe drücken – und gewinnt noch an Relevanz, wenn man bedenkt, dass die Plakate weltweit auf Werbeflächen aufgehängt wurden. Von New York, Los Angeles, Toronto über Tokio, Rom und Berlin sprechen zwei prominente Persönlichkeiten als Multiplikator:innen Gesellschaften, auch die, die nicht unmittelbar an einem Kriegsgeschehen beteiligt sind, als treibende Kraft für Veränderungen und Umbrüche an.

Zur gleichen Zeit arbeiten überall auf der Welt Militär und Geheimdienste mit ähnlichen Mitteln an Propagandakampagnen, die eben diese treibende Kraft zu ihren Gunsten auszuspielen versuchen – und das bis heute.

Der Krieg, in dem wir uns heute laut Militär, Politik, Denkfabriken und Medien unter anderem befinden, ist ein ,Informationskrieg‘. Ein Krieg, der die Kampagne, wie sie Yoko Ono und John Lennon Ende der 1960er orchestriert haben, zum modus operandi erklärt hat. Mittels Sprache, Kommunikation und der globalen Vernetzung durch den digitalen Raum werden die (Zivil-)Gesellschaft, ihre Werte, Normen und Zielvorstellungen

angesprochen. Die langfristige Strategie ist dabei jedoch nicht Vereinigung und Versöhnung der Gesellschaft, sondern deren Spaltung. Denn eine gespaltene Gesellschaft ist eine angreifbare, subversiv leicht zu (zer-)störende und damit als staatliches Gebilde handlungsunfähige Gesellschaft.

Diesem Bedrohungsszenario folgt das Konzept ‚Informationskrieg‘, welches in der vorliegenden Arbeit in Hinblick auf seine Implikationen und daraus abgeleiteten Aktionen analysiert werden soll.

Dies geschieht in einer dekonstruktiven Diskursanalyse, die auf den folgenden rund 250 Seiten aufzeigt, wie dieser ‚neue Krieg‘ konzipiert wird, welche Konsequenzen aus dessen Ausrufung resultieren und wem dieser konzeptualisierte ‚Informationskrieg‘ nutzt. Dafür wurde ein dekonstruktiver Zugang gewählt, der die einführend entwickelte Kurzdefinition von ‚Informationskrieg‘ als gesteuerte Meinungsmanipulation in demokratischen ‚Informationsgesellschaften‘ in ihre Einzelteile zerlegt und hinterfragt. Dabei widme ich mich z. B. den folgenden Fragen: Was sind *Fake News*, *Desinformation*, *Propaganda* und *Clickbaiting*, bzw. wie groß ist deren Manipulationspotenzial für Meinungen? Welche Implikationen gehen mit der Klassifizierung als ‚Informationsgesellschaft‘ einher? Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, um von einem Kriegszustand sprechen zu können? Welche Anforderungen an das Militär ergeben sich aus dieser neuen Form der Kriegsführung? etc.

Eine solche kulturwissenschaftliche Herangehensweise an diesen vordergründig politik- oder militärwissenschaftlichen Gegenstand ermöglicht eine kritische Auseinandersetzung, die im Gegenzug zu der vorherrschenden Forschung nicht auf eine Definition von ‚Informationskrieg‘ abzielt, sondern die Strategie hinter der Konzeption eines solchen Krieges offenzulegen versucht.

Die These, dass hinter dem ‚Informationskrieg‘ eine Strategie liegt – genauer, dass die Konstruktion des ‚Informationskrieges‘ ein politisch und militärisch motiviertes Projekt zur Erweiterung des eigenen Handlungsraums darstellt – gründet in dem politikwissenschaftlichen *secularization*-Ansatz.

Diese Theorie der konstruktivistischen Schule der Internationalen Beziehungen (IB) geht davon aus, dass ein Sachverhalt als Sicherheitsproblem wahrgenommen bzw. dargestellt wird, um auf dieser Grundlage sukzessive den Handlungsraum zur Bearbeitung dieses Problems zu erweitern: „Security‘ is thus a self-referential practice, because it is in the practice that the issue becomes as a security issue – not necessarily because a real existential

threat exists but because the issue is presented as such a threat“ (Buzan et al. 1998: 24).

Die secularization-Theorie beschreibt eine langfristige Strategie, die unter Bezugnahme auf einen ‚Informationskrieg‘ eine Sicherheitsbedrohung konzeptualisiert. In der kritischen Auseinandersetzung mit der Konzeption eines solchen Krieges geht es darum, zu hinterfragen, welche Aspekte gesellschaftlichen Lebens und staatlichen Handelns als Faktoren einer potenziellen Bedrohung ausgemacht werden und weiter, welche Konsequenzen daraus gezogen werden. So ist es bspw. für die politische Ebene entscheidungsrelevant, ob Aktionen, die dem ‚Informationskrieg‘ zugerechnet werden, sich einem Krieg, der Spionage, die laut Kriegsvölkerrecht nicht verboten ist, oder lediglich der Kriminalität zuordnen lassen, da unterschiedliche Organe, Gesetze und damit Handlungsräume betroffen sind.

Ein bekanntes Beispiel ist der so genannte ‚War on Terror‘, der nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 durch Al-Qaida von der damaligen US-amerikanischen Regierung unter George W. Bush ausgerufen wurde. Aus dem Schlagwort wurde eine Erzählung, die eine Reihe von Maßnahmen notwendig erscheinen ließ und für legitim erklärte, welche vorher politisch und gesellschaftlich nicht denkbar gewesen wären. So wurde bspw. das Völkerrecht weiterentwickelt und sprach den USA nach dem Terroranschlag das Recht auf Selbstverteidigung zu (vgl. UN-Charta, Art. 51), umfangreiche Überwachungsmaßnahmen der Zivilgesellschaft, z.B. im Bereich finanzieller Transaktionen, wurden zugestanden und letztlich führte die Konzeption ‚Terror als Kriegsgegner‘ auch zu dem im März 2003 beginnenden Irakkrieg.

Übertragen auf die Konzeption eines ‚Informationskrieges‘ im Vorfeld einer Wahl, wie er vor allem im Mediendiskurs verhandelt wird (vgl. Pörzgen 2017: 20f.), der mit falscher oder in einen irreführenden Kontext gesetzter Berichterstattung die zur Wahl stehenden Parteien und Politiker:innen verleumdet, werden dann beispielsweise Fragen bezüglich der Meinungs- und Pressefreiheit bzw. möglicher Kontrollmechanismen aufgeworfen. Fragen also, die in demokratischen Staaten mit unabhängigem Mediensystem erst mit dem US-amerikanischen Wahlkampf zur Präsidentenwahl 2016 in der heute sichtbaren Präsenz aufgekommen sind. Während hier eher Akteure der gesellschaftlichen und politischen Ebene ihre Handlungsmöglichkeiten ausloten, sehen sich bei Hacking-Aktivitäten, die bspw. auf Informationsbeschaffung abzielen, Nachrichtendienste und Militär in der Verantwortung. Hier geht es um das Ausloten von Verteidigungsmöglichkeiten bis hin zu reaktiven Hackbacks.

Wie der US-Wahlkampf 2016 gezeigt hat, können sich diese Ebenen wechselseitig beeinflussen. Die Demokratische Partei wurde im Vorfeld der Wahl gehackt, die dabei erbeuteten E-Mail-Verläufe wurden veröffentlicht und boten so hinreichend Stoff für (Des-)Informationskampagnen. In eben dieser wechselseitigen Bedingtheit liegt eines der zentralen Probleme der vorliegenden Arbeit: die konzeptionelle Abgrenzung des ‚Informationskrieges‘ von dem sogenannten ‚Cyberkrieg‘.

In der Fachliteratur, in Doktrinen und Strategiepapieren, in politischen Reden und journalistischen Texten wird diese Unterscheidung in semantischer wie ontologischer Hinsicht nur selten konsequent vorgenommen. Stattdessen verweisen beide Ausdrücke auf durch die Digitalisierung bedingte Veränderungen des Kriegsgeschehens und lassen von einer Erweiterung um den digitalen Raum auf neu zu erschließende Handlungsräume folgern.

Mit dieser Arbeit setze ich mich vornehmlich mit der Konzeption eines ‚Informationskrieges‘ auseinander, der sich als Subversion von dem – stark vereinfacht dargestellt – Hacking des ‚Cyberkrieges‘ unterscheidet. Der ‚Cyberkrieg‘ visiert die Soft- und Hardware an, welche der Digitalisierung und dem digitalen Raum zugrundliegt. Der ‚Informationskrieg‘ zielt hingegen auf diskursive Prozesse und die Willensbildung von Menschen, Gesellschaften und Staaten ab, wobei die digitalen Verbreitungsmöglichkeiten genutzt werden.

Insofern wird die Problematik hinter der divergenten Nutzung der Begrifflichkeiten ersichtlich, denn ohne die angreifbare oder ausnutzbare Hard- und Software des Digitalen, ist auch der ‚Informationskrieg‘ in seiner aktuellen Bedrohungskonzeption nicht denkbar. Viele der im Folgenden thematisierten Problemfelder treffen demnach auf beide Ausrichtungen dieser ‚neuen Kriege‘ zu, dennoch liegt der Fokus auf der Konzeption eines ‚Informationskrieges‘.

Das Konzept ‚Informationskrieg‘ findet in den Wissenschaften rege Betrachtung, allerdings wurde es bis dato noch nicht hinreichend kritisch betrachtet. Statt zu fragen, wer das Konzept zu welchem Zweck nutzt, wurde bisher versucht, einen Begriff zu finden bzw. den Informationskrieg als solchen zu definieren. Dabei folgen die Definitionsversuche verschiedenen Interpretationen:

- (1) Informationskrieg wird im Sinne des Cyberkrieges verstanden als eine Ergänzung zum konventionellen Krieg, in dem die Kontrolle und Führung des Schlachtfeldes durch Computer, Kommunikation und künst-

liche Intelligenz erweitert werden (vgl. Rattray 2001 in Kuehl 2009: 26, Tuschl 2009, WISAthena: 28f.).

- (2) Informationskrieg wird als Ergänzung zu militärischer Gewalt betrachtet, indem Informationstechnologien eingesetzt werden, um die Niederlage des Gegners voranzutreiben und gleichzeitig den Rückhalt in der eigenen Bevölkerung zu sichern (vgl. Tuschl 2009, Waltz 1998 in Kuehl 2009: 26, WISAthena: 28f.).
- (3) Informationskrieg wird als ein Krieg ohne Krieg verstanden, da alte Kriegskonzeptionen nicht mehr zur Beschreibung ausreichen. Es handelt sich um einen Krieg um Realitäten und Wahrheiten, indem Meinungen, Überzeugungen und Entscheidungen durch einen Wettbewerb von Netzwerk-, Informations- und Kommunikationssystemen geschaffen, ge- und zerstört werden (vgl. BMVGHybrid, MNIOE, WISAthena: 10).

Auch diese Definitionsversuche zeigen deutliche Überschneidungen.

II

Um analysieren zu können, wie durch den Gebrauch von Zeichensystemen Wirklichkeitsbedingungen hergestellt werden, gilt es zunächst ein betreffendes Zeichensystem näher zu bestimmen. In diesem Fall ist der Diskurs um den sogenannten ‚Informationskrieg‘ sehr divers gestaltet und setzt sich neben Texten auch aus global agierenden Akteuren und Handlungen zusammen. Diese finden ihren Niederschlag wiederum in Texten, sei es in Form von handlungsanleitenden Doktrinen oder Berichterstattung über Handlungen.

Die untersuchten Gegenstände orientieren sich an der forschungspraktischen Definition von Diskursen als „virtuelle Textkorpora, deren Zusammensetzung durch im weitesten Sinne inhaltliche (bzw. semantische) Kriterien bestimmt wird“ (Busse/Teubert 1994: 15). Das Korpus setzt sich demnach aus Texten zusammen, die sich im weitesten Sinne mit dem Forschungsgegenstand des Konzepts ‚Informationskrieg‘ befassen, dazu zählen auch Primärtexte aus Politik und Militär (s. Kap. 2.6). Die im Sigelverzeichnis aufgeführten 45 Dokumente repräsentieren den Diskurs um den ‚Informationskrieg‘ in seinen leitenden Ideen, Werten und Normvorstellungen. Journalistische und populärwissenschaftliche Texte werden herangezogen, um Handlungen, die der Thematik zugehörig sind, als Zeichen innerhalb des Diskurses analysieren zu können sowie um Schlaglichter auf die öffent-

liche Wahrnehmung und Einordnung, die den hiesigen Diskurs reproduzieren, werfen zu können.

Die im Korpus vertretenen Dokumente reichen bis in die frühen 1990er Jahre zurück. Denn mit dem Ende des Kalten Krieges sowie dem Eintreten der USA in den Zweiten Golfkrieg 1991 und den daraus gezogenen Lehren erhält der ideengeschichtliche Hintergrund des Konzepts ‚Informationskrieg‘ Einzug in die militärischen und wissenschaftlichen Konzeptionen von ‚Krieg‘, ‚Gesellschaft‘ und ‚Kommunikation‘.

Der zu analysierende Diskurs(-ausschnitt) wird vor dem Hintergrund der Idee der Versicherheitlichung eines Gegenstandes – in diesem Fall der (zivil-)gesellschaftlichen Informationsverbreitung und -verarbeitung – gelesen und analysiert. Eine solche Diskursanalyse beruht auf verschiedenen erkenntnistheoretischen Ideen, deren Ausgangspunkt der *linguistic turn* bildet (s. Kap. 2). Der *linguistic turn*, im Sinne der Hinwendung zur Sprache als wissenschaftlichem Analysegegenstand zur Erklärung gesellschaftlicher Konstruktionen und Prozesse, dient als gemeinsamer Referenzpunkt der verschiedenen Disziplinen, Ideen und Theorien, die im Verlauf der Arbeit thematisiert und angewendet werden. Spezifischer formuliert setzt sich die vorliegende Arbeit aus einer poststrukturalen Perspektive mit dem Konzept ‚Informationskrieg‘¹ auseinander. Das heißt, sie geht von sozialen Konstruktionsprozessen aus, die den ‚Informationskrieg‘ als eine reale Bedrohung erst hervorbringen und legitimieren.

Wie das Präfix /post/ bereits anzeigt, steht der Poststrukturalismus für die zeitlich nachfolgende, kritische Auseinandersetzung mit dem Strukturalismus. Verschiedene Disziplinen, von der Linguistik und Literaturwissenschaft über die Wissenssoziologie bis hin zum politikwissenschaftlichen

1 Der Signifikant, das Wort, der Zeichencode wird in den folgenden Ausführungen kursiv markiert. Wenn auf die Inhaltseite des Zeichens, das Signifikat, die Bedeutung hingewiesen werden soll, wird der Begriff oder das Konzept in einfachen Anführungszeichen gesetzt. Insbesondere die Konzepte oder Begriffe, deren Auslegung für die vorliegende Arbeit und den Analysegegenstand ‚Informationskrieg‘ bedeutungsbestimmend sind, werden in einfache Anführungszeichen gesetzt, um die verschiedenen Bedeutungszuschreibungen, die der Ausdruck aus verschiedenen Perspektiven heraus erfährt, zu markieren. So wird bspw. in Kap. 3.1 versucht, ‚Krieg‘ zu definieren, die Politikwissenschaften, das Völkerrecht oder die Verwendung durch die NATO lassen jedoch keine einheitliche Definition zu, sodass die inhaltliche Dimension des Wortes *Krieg* je nach Verwendungskontext bestimmt werden muss und ‚Krieg‘ lediglich eine allgemein gehaltene Vorstellung von Sprachteilnehmern enthält. Die Markierung durch Kapitalchen verweist auf Schemata, d. h. KRIEG verweist auf einen Wissenskomplex, den es kontextabhängig zu aktualisieren gilt. Außerdem werden fremdsprachige Wörter wie *linguistic turn* in der Erstnennung kursiv geschrieben.

(Sozial-)Konstruktivismus, folgen dabei der Annahme, dass sich Zeichensysteme und Wirklichkeit wechselseitig bedingen. Während der Strukturalismus nach Ferdinand de Saussure Sprache als ein System versteht, innerhalb dessen sich Bedeutungen durch Strukturen zwischen den Zeichen herausbilden, ein Zeichen seine Bedeutung also in seiner Differenz zu anderen Zeichen erhält und nicht durch den Verweis auf einen Gegenstand außerhalb dieses Systems (s. Kap. 2.1), ist die zentrale Annahme des linguistic turn, dass es kein Außerhalb der Sprache als Zeichensystem gibt. Die Welt, wie der Mensch sie wahrnimmt, ist durch unsere Sprache geformt bzw. hervorgebracht. Sämtliche kulturellen oder sozialen Phänomene können daher aus einer zeichentheoretischen Perspektive auf ihre Funktion im System betrachtet werden.

Auch poststrukturelle Ansätze gehen von der Konstruiertheit sozialer Phänomene aus, sie lehnen jedoch deren strukturelle Fixiertheit in geschlossenen Systemen ab. So übernimmt bspw. der französische Philosoph Jacques Derrida zu Beginn der 1960er Jahre die Idee der Differenzen als konstituierend für den Bezeichnungsvorgang. Anders als bei Saussure kommen die differentiellen Verweisungen bei Derrida nie zu einem Abschluss, sodass sich Bedeutungen je nach Kontext immer wieder neu ergeben. So wurde bspw. aus dem Protestlied „Happy Xmas (War Is Over)“, das sich für den Ende des Vietnamkrieges positioniert, ein Klassiker der Weihnachtsmusik, dessen ursprünglicher Entstehungskontext kaum noch bekannt ist. Mit der Aufwertung von Typographie zu Kunst, die in den letzten Jahren vermehrt zu beobachten ist, ist das Plakat von Lennon und Ono zu einem popkulturellen Phänomen mutiert und ziert als solches die Wände in modernen Wohnungen. Hingegen erhalten die Lieder „Imagine“ und „Give Peace a Chance“ von den beiden Musiker:innen im Kontext der Invasion der Ukraine durch Russland neuen Aufwind und erfahren eine Umdeutung auf die aktuellen Ereignisse.²

2 Apropos aktuelle Ereignisse: In der vorliegenden Arbeit finden sich zahlreiche Verweise auf den Krieg, der sich seit 2014 mit der Annexion der Krim durch Russland, zugespitzt hat. Die Eskalation dieses Krieges mit der Stationierung russischer Truppen an den Grenzen zur Ukraine Ende des Jahres 2021 sowie der am 24. Februar 2022 erfolgten russischen Invasion kann dabei nicht berücksichtigt werden.

Zum einen war die Arbeit zu dem Zeitpunkt schon zu weit fortgeschritten, um die zahlreichen Beispiele zu aktualisieren. Zum anderen birgt die Aktualität die Gefahren von Fehlinformationen. Denn sämtliche derzeit verfügbaren Informationen über die Situation in der Ukraine und die Reaktionen darauf können lediglich aus journalistischen Berichten bezogen werden, die wiederum ihre Informationen nur von den

Diese Annahme der Bedeutungskonstruktion in Abhängigkeit zu ihrem situativen und syntaktischen Kontext findet sich bei Ludwig Wittgenstein wieder, wenn es heißt: „Die Bedeutung eines Wortes ist sein Gebrauch in der Sprache“ (Wittgenstein 1999 [1953]: 20). Dieser Kerngedanke bildete für die Internationalen Beziehungen den Ausgangspunkt des linguistic turn. Erst in den 1990er Jahren treffen die Annahmen Derridas und damit einhergehend der Differenzgedanke nach Saussure auch dort vermehrt auf Interesse. Zentral ist zunächst die Annahme Wittgensteins, dass mit jedem Sprechen Bedeutung neu bzw. situationsabhängig geschaffen wird. Wirklichkeit wird demnach in der konkreten Verwendung von Sprache, in „Sprachspielen“ (ebd.: 5) bzw. einem Sprechakt (s. Kap. 2.4), konstruiert. Diese Sprechakte als wirklichkeitsschaffende Handlungen sind für die poststrukturalen Ansätze in den Sozialwissenschaften zentral. Wirklichkeitsschaffend wäre der Ausruf „War is over“ bspw., wenn er von Staatsoberhäuptern von bis dahin miteinander kriegsführenden Staaten öffentlich ausgesprochen werden würde. Dann wäre ein Kriegszustand offiziell beendet und die Lebenswirklichkeit der Menschen verändert.

Für die Internationalen Beziehungen bzw. deren (sozial-)konstruktivistische Ausrichtung bedeutet dieses neue Sprachverständnis, dass die Pragmatik Einzug in die IB gehalten hat und somit neue Forschungsfragen ermöglicht und Erkenntnisinteressen anleitet: „Concepts meant something, not because they captured the ontological essences of ‚things‘ [...] but because they were used in a certain way among speakers who thereby communicated with one another“ (Kratochwil 2001: 20).

Eine poststrukturelle Analyse ist daher eine Wissensanalyse, die danach fragt, wie Bedeutungen konstruiert werden und sich in langfristigen Sinnkonzeptionen niederschlagen. Zentral für die Poststrukturalist:innen ist dabei der Bezug zur Macht. Sinnproduktion verläuft demnach innerhalb von Machtwirkungsprozessen, die Bedeutungen, Wissen und Ordnungen nicht nur schaffen, sondern auch zu stabilisieren versuchen (s. Kap. 2).

III

Diese Wechselwirkung von Macht und Wissen manifestiert sich in Handlungsräumen. Die vorliegende Arbeit fragt demnach nach den Handlungs-

involvierten Akteuren beziehen. Diese sind aufgrund des taktischen Einsatzes von Informationen jedoch genau überlegt und können derzeit nicht auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden.

räumen, die sich durch die Konzeption eines ‚Informationskrieges‘ für staatliche Akteure aufturn. Die Diskurstheorie nach Chantal Mouffe und Ernesto Laclau setzt sich aus den Kerngedanken des Diskurses nach Michel Foucault und dem Differenzprinzip nach Derrida zusammen und bringt diese explizit mit sozialen und politischen Vorgängen in Verbindung (s. Kap. 3.1). Sie verstehen unter Zeichen „alles, was in der sozialen Realität für die Menschen sinnstiftend ist, zum Beispiel soziale Handlungen oder Identitäten von Personen, Gruppen oder Diskursen“ (Sievi 2017: 160). Sinn wird in der „Produktion von Differenzen“ (Laclau 1981: 177) konstruiert und äußert sich in ‚Identitäten‘ – so kann der Schriftzug „War is over“ als ein sinn- und identitätsstiftendes Zeichen der Friedensbewegung oder allgemein von Kriegsgegner:innen gelesen werden, aber im Posterformat auch einfach Ausdruck des eigenen Wohnstils sein.

Eine solche Identitätsstiftung gilt nicht nur für sprachliche Zeichen und Bedeutungen, sondern explizit auch für Personen, Staaten, das Soziale insgesamt. Das Konzept der ‚Identitäten‘ betrachtet die Philosophin Judith Butler als Ergebnis von performativen Sprechakten. Diesen sich stetig wiederholenden Sprachhandlungen spricht sie die Funktion zu, Bedeutungen, Identitäten und soziale Strukturen nicht nur sprachlich zu konstruieren, sondern sie auf der materiellen Ebene hervorzubringen und zu festigen (s. Kap. 2.4). Demnach wird Wirklichkeit durch Sprache und die mittels Sprache vorgenommenen Beschreibungen und Benennungen von Phänomenen hervorgebracht. In diskursiven Prozessen, der Wiederholung dieser Konstruktionen und der Bezugnahme auf diese Konstruktion materialisieren und stabilisieren sich diese Phänomene. So ist das Protestposter erst dann ein popkulturelles Phänomen, wenn es wiederholt öffentlich als solches inszeniert wird. Die daraus resultierende intelligible Welt, die Identitäten, das intersubjektive Wissen, Normen und Werte einer Gesellschaft in einer bestimmten Ordnung enthält, leitet Akteure und Handlungen an, welche wiederum auf den Diskurs einwirken und ihn somit fortschreiben.

Auf diesen Annahmen beruht auch das Werk „Anarchy Is What States Make of It“ (1992) von Alexander Wendt, der damit den Beginn des (Sozial-)Konstruktivismus in den IB markiert. Das intersubjektive Wissen oder die Kultur („collective meanings“ (Wendt 1992: 397)) schreibt Akteuren Identitäten bzw. soziale Rollen zu und leitet deren Handlungen an (vgl. ebd.: 397). Das soziale System wird als ein Zeichensystem verstanden, in dem Zeichen interpretiert und hervorgebracht werden. Auf der Grundlage intersubjektiven Wissens werden Annahmen über das Gegenüber auf-

gestellt. Diese Interpretationen leiten dann Handlungen an, die wiederum auf das intersubjektive Wissen zurückwirken, es festigen oder verändern – Akteure und Strukturen sind wechselseitig konstitutiv (vgl. ebd.: 399). Für die Internationalen Beziehungen bedeuteten diese Annahmen eine neue Herangehensweise an politische Gegenstände: „Interpreting meaning and grasping the influence of changing practice, rather than empirically validating explanations of independent mechanisms, become central“ (Zehfuss 2002: 4).³

So kommt der Diskurs über den ‚Informationskrieg‘ insbesondere in diesem Kulturkreis nicht ohne eine Abgrenzung von russischen Konzepten zur Kriegsführung oder Propaganda aus. Mit dem Verweis auf das russische Verständnis von hybrider Kriegsführung, gewinnt die Ausgestaltung eines solchen Krieges bspw. seitens der NATO an Legitimität.

Die skizzierten poststrukturalen Ansätze werden in dem ersten Kapitel ausführlicher thematisiert und unter dem theoretischen Gerüst der Semiotik auf die Konstruktion eines ‚Informationskrieges‘ anwendbar gemacht. Dabei wird die Zeichentheorie im Sinne Umberto Ecos als eine umfassende Kulturtheorie verstanden:

„Der Mensch, so hat man gesagt, ist ein *symbolisches Wesen*, und in diesem Sinne sind nicht nur die Wortsprache, sondern die Kultur insgesamt, die Riten, die Institutionen, die sozialen Beziehungen, die Bräuche usw. nichts anderes als *symbolische Formen*, in die er seine Erfahrungen faßt, um sie austauschbar zu machen.“ (Eco 1977: 108, Herv. i. Orig.)

Die Kernannahme des linguistic turn, also die wechselseitige Konstruktion von Sprache und Wirklichkeit, führt damit zu einem *cultural turn*, der kulturelle Phänomene, Handlungen, Prozesse als Zeichensysteme versteht und als Sinnkonstruktionen analysiert. Für die Analyse des Konzepts ‚Informationskrieg‘ müssen das zugrundeliegende Wissen, Identitäten und Interpretationen, also die kollektiv geteilte Kultur in ihren sinnproduzierenden Prozessen betrachtet werden.

IV

Zentral für die sinnproduzierenden Differenzen sind in diesem Zusammenhang die Konzeptionen von ‚Krieg‘ und ‚Frieden‘ (s. Kap. 3). Insbe-

3 Für eine Erläuterung der Verwendung von ‚Subjekt‘ / ‚Akteur‘ s. Kap. 3.1.

sondere in der Betrachtung des Determinatums /Krieg/, das in dem Determinativkompositum *Informationskrieg* näher bestimmt wird, ist diese Analogie von linguistischen und kulturellen Bedeutungskonstruktionen ersichtlich. Eine Definition von *Krieg* als ein Gewalt legitimierender Rechtszustand zwischen zwei souveränen Staaten (vgl. Daase 2003: 164f.) verweist auf soziale Prozesse, die mittels eines Sprechaktes, dem Sprechen von Recht, legitimiert werden. Diese unterliegen in ihrer Erscheinung stetigen Veränderungen, welche auch in der linguistischen Benennung – vom Rosenkrieg bis zum Weltkrieg – ersichtlich werden.

Das Beispiel Rosenkrieg zeigt die Schwäche einer Minimaldefinition auf, da Krieg in seiner sozialen Verwendung eine metaphorische Dimension innehaben muss, die über den Rechtszustand zwischen Staaten hinausgeht. Eine Annäherung an den Gegenstand über eine allgemeinere Beschreibung des Phänomens erscheint sinnvoll, da so verschiedene Bedeutungsinhalte erfasst werden können.

Ein solches Kriegsverständnis findet sich bei der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF), die sich auf den ungarischen Friedensforscher István Kende beruft. Demnach stellt Krieg einen bewaffneten Massenkonflikt dar, (1) an dem zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte beteiligt sind, aber mindestens eine Seite der Regierung zuzuordnen ist, (2) diese Streitkräfte ein Mindestmaß an Organisation aufweisen können und (3) die Gewaltaustragung kontinuierlich, das heißt über einen längeren Zeitraum und nach einer Strategie, stattfindet. Treffen diese Kriterien bei gewaltsamen Auseinandersetzungen nicht vollständig zu, ist von einem *bewaffneten Konflikt* die Rede (AKUF).

In Anwendung auf das Konzept ‚Informationskrieg‘ stellen sich hier Fragen nach dem Umfang des Krieges in Hinsicht der beteiligten Akteure, ihrer Organisation und Reichweite, aber auch nach der Legitimität dieser Gewalt wie sie in der Minimaldefinition gefordert ist.

Theoretisch ließe sich die Arbeit mit einem Verweis, der in dem Diskurs über den ‚Informationskrieg‘ vor allem seitens der Sekundärliteratur immer wieder auftaucht, erheblich abkürzen, denn bei dem in dieser Arbeit thematisierten ‚Informationskrieg‘ handelt es sich „um ein historisches Phänomen [...], das so alt wie Krieg an sich ist“ und als solches

„ein integraler Bestandteil der hybriden Kriegsführung ist, bei der es sich um eine Kombination aus verdeckten und offenen militärischen und nicht militärischen Maßnahmen handelt und die dazu dient, die politische, wirtschaftliche und soziale Lage von im Fokus stehenden

Ländern zu destabilisieren, ohne ihnen formell den Krieg zu erklären [...]“ (EUStratKom: Punkt D)

Als ein historisches Phänomen wurde der Informationskrieg bereits zahlreich wissenschaftlich betrachtet und analysiert – man denke nur an die Aufarbeitung des Kalten Krieges mit seinen Propagandakampagnen und Spionage vor einer permanenten Drohkulisse (bspw. die Kuba-Krise 1962).

Gleichzeitig verweist das Zitat, das aus einem Papier der EU zu deren Umgang mit gegen sie gerichteter Propaganda stammt, auf den Diskurs zur hybriden Kriegsführung als dessen Bestandteil der ‚Informationskrieg‘ neuen Aufwind erfährt. Denn statt Spionage oder Propaganda zum Gegenstand der Problematik zu machen, wird der beschriebene Sachverhalt zu einem Krieg konstituiert. Die sprachlichen Zeichen dienen der Prägung „von Sichtweisen zur Durchsetzung von Interessen“, denn mit der Etablierung einer „bestimmte[n] sprachliche[n] Zugriffsweise im öffentlichen Diskurs“ wird „eine spezifische Perspektive der sprachlich konstituierten Sachverhalte“ (Felder 2010: 14) bestimmt. Mit der Bezeichnung als Krieg werden bestimmte Definitionsparameter aufgerufen, die erfüllt sein müssen bzw. die Akteure bestimmte Handlungsräume eröffnen. Militärische Maßnahmen, die soziale, (zivil-)gesellschaftliche Prozesse betreffen, gehören während Friedenszeiten ohne weitere Begründungen nicht zu den legalen Handlungsräumen einer Demokratie. Ziel der Diskursanalyse muss es daher sein, nicht das historische Phänomen Informationskrieg zu betrachten, sondern dessen diskursive Umdeutung zu einem aktuellen Konzept, das die Handlungsräume für Militär und Geheimdienste legitim erweitert.

V

Die Parallelen zum Krieg in der Ukraine sind deutlich zu erkennen, einerseits die lang vorbereitete Propagandakampagne des Kremls, um die eigene Bevölkerung auf den Krieg einzuschwören und von dessen Notwendigkeit zu überzeugen, andererseits die Aufrüstung und Erhöhung des Militäretats in den NATO-Staaten, die mit der Bedrohung durch den Krieg in Europa begründet werden und daher in den demokratischen Öffentlichkeiten auf Zustimmung treffen. Bereits an dieser Stelle ist die eingangs vorgestellte secularization-Theorie zu erkennen. Zentral für die Versicherheitlichung ist die Idee des Friedens als wünschenswerter Zustand für Gesellschaften. In der Differenz zum Krieg konstituiert sich Frieden als „*Abwesenheit von per-*

sonaler Gewalt und Abwesenheit von struktureller Gewalt“ (Galtung 2015: 86, Herv. i. Orig.). Frieden umfasst demnach nicht nur die Abwesenheit direkter physischer oder psychischer Gewalt, sondern auch die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit (vgl. ebd.: 86f.).⁴

Mit dieser meliorativen deontischen Bedeutung erhält ‚Frieden‘ die Funktion eines Hochwertworts, das die Ideale einer Gesellschaft vereinfacht präsentiert. Das Bekenntnis zum Frieden kann geradezu identitätsstiftend für das soziale Gefüge sein. Mit der Verwendung eines Wortes geht immer auch eine Bewertung und eine soziale Funktion einher, so kann der „Gebrauch des Wortes ‚Frieden‘ [...] an sich friedensfördernd sein, insofern er eine gemeinsame Basis schafft, ein Gefühl der Gemeinsamkeit der Ziele und Absichten, das den Boden für spätere, tiefere Bindungen bereiten kann“ (ebd.: 55). Mit Bezug auf ‚Frieden‘, dessen Proklamation als Sollzustand, kann eine gemeinsame Identität konstruiert werden. Die Identität eines sozialen Gefüges, das sich für Frieden und in der Differenz dazu gegen Krieg oder Gewalt positioniert.

Dieser Konstruktionsprozess ist ein politischer, da Politik „auf die Konstruktion einer Einheit im Kontext von Konflikt und Diversität“ (Mouffe 2009: 51) abzielt.

Politik umfasst diesem Verständnis folgend „das Ensemble von Diskursen, Institutionen und Praktiken [...], deren Ziel es ist, eine Ordnung zu etablieren, menschliche Existenz in einem Kontext zu organisieren“ (ebd.: 51). Diese Ordnung repräsentiert und verfestigt sich in der Sprache, in Symbolwörtern, in Narrativen. Für die vorliegende Arbeit folgt daraus, dass eben diese sprachlichen Praktiken zur Versicherheitlichung und zur Einbindung des Konzepts ‚Informationskrieg‘ in Hinblick auf die Funktion einer Identitätskonstruktion zu analysieren sind.

Ähnlich einem Symbolwort, das die Wirklichkeit vereinfachend darstellt, organisiert Politik das komplexe menschliche Zusammenleben entlang Konfliktlinien. Mit der gemeinsamen Referenz auf ein Symbolwort wie *Frieden* wird Identität gestiftet, dies wäre ohne die Differenz zum (‚Informations-‘)Krieg oder zur Gewalt, also die gemeinsame Abgrenzung und Ablehnung des sozialen sowie diskursiven Antagonisten, nicht denkbar. Als Antagonisten dienen in diesem Zusammenhang das Konzept von (‚Informations-‘)Krieg‘ oder der ‚Gewalt‘, aber auch ganz konkret soziale Gebilde bzw. deren Repräsentanten wie der russische Präsident Wladimir Putin

4 Für eine Beschreibung des zugrundeliegenden Gewaltbegriffs vgl. Galtung (2015): 57ff.

bzw. der ‚Kreml‘ oder ‚China‘ in Abgrenzung zu demokratisch organisierten Staaten oder deren Militärbündnissen wie der NATO.

Die Betrachtung des Diskurses und seiner Strukturen kann aufzeigen, mit welcher Bedeutung ‚Informationskrieg‘ auf der semantischen Ebene versehen wird und wie sich durch diese gemeinsame Interpretation eine soziale Ordnung formiert. Die soziale Ordnung vereint in diskursiven Aushandlungsprozessen diverse Subjekte, Werte und Interessen in der gemeinsamen Abgrenzung von einem Antagonisten.

Eine semiotische Analyse des ‚Informationskrieges‘ reicht damit über die semantische Ebene hinaus und muss auch die soziale Dimension betrachten, wie die Poststrukturalist:innen Chantal Mouffe und Ernesto Laclau in der Anwendung der Begriffe Derridas auf Politik, im Sinne eines öffentlichen Handelns, herausstellen:

„Diese wiederum machen offenbar, dass jede Objektivität, jede Identität durch die Annahme einer Differenz, die Bestimmung eines als ‚Außen‘ dienenden ‚Anderen‘ und die anschließende Festlegung einer Grenze zwischen Innen und Außen konstruiert wird. In Bezug auf kollektive Identitäten bedeutet das, dass die Schaffung eines ‚Wir‘ nur durch die Formulierung eines ‚Sie‘ denkbar ist. Denn jede Form der kollektiven Identität erfordert eine Grenzziehung zwischen denen, die zum ‚Wir‘ gehören, und jenen, die außen vor bleiben.“ (Mouffe 2015: 79)

Die Unterscheidung in ‚Wir‘ gegen ‚Sie‘, ‚Gut‘ gegen ‚Böse‘, ‚Recht‘ gegen ‚Unrecht‘ etc. zieht sich wie ein roter Faden durch die vorliegende Arbeit bzw. das zu analysierende Korpus. Erst eine solche sinnstiftende Erzählung macht ein soziales Gefüge im großen Stil wie Nationalstaaten oder gar darüber hinaus, bspw. die EU oder Wirtschaftsunionen und Militärbündnisse, möglich bzw. handlungsfähig. Mittels Kommunikation fechten Menschen ihre gemeinsamen Werte, Normen, Idealvorstellungen aus und fügen sich so zu einer gemeinsamen Identität zusammen, die sich in Institutionen stetig reproduziert.

VI

In großen Gesellschaftsformationen bedarf es eines Vermittlers, der diese symbolische Kommunikation für ein großes Publikum zugänglich macht. Eine solche Infrastruktur findet sich im Konzept der ‚Öffentlichkeit‘ wieder, welches eine moderne, repräsentative Demokratie funktional ermöglicht

und gleichzeitig deren Identität normativ begründet (s. Kap. 4.1). Insgesamt umfasst ‚Öffentlichkeit‘ sämtliche Aspekte von Gesellschaft, in der sich Menschen, die sich auf der Grundlage von massenmedial vermittelten Informationen über Themen, die das gesellschaftliche Zusammenleben tangieren, eine Meinung bilden. Die wechselseitige Konstitution von Macht und Wissen bzw. Objektivität oder Wahrheit aktualisieren und festigen sich in Zeichenprozessen, die öffentlich einsehbar und zugänglich sind.

Dies wird über verfassungsrechtliche Verankerungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung, Informationsfreiheit und unabhängige Medien in Demokratien festgehalten.⁵ Dieses Recht ist auch auf der Ebene der EU, in der Charta der Grundrechte, als Grundwert der EU verankert (vgl. EUAktion: 1):

„Für unsere offenen demokratischen Gesellschaften ist es entscheidend, dass die Bürgerinnen und Bürger Zugang zu einer Vielzahl überprüfbarer Informationen haben und sich somit zu verschiedenen politischen Themen eine Meinung bilden können. Dies erlaubt es den Bürgern, in Kenntnis der Sachlage an öffentlichen Debatten teilzunehmen und ihren Willen in freien und fairen politischen Prozessen zum Ausdruck zu bringen.“ (ebd.)

Dieses Zitat weist bereits darauf hin, dass ‚Öffentlichkeit‘ verschiedene Dimensionen betrifft und als etwas immanent Politisches bzw. viel mehr etwas immanent Demokratisches betrachtet wird. Es geht um Meinungsbildung sowie die Infrastruktur, die eine solche Meinungsbildung und deren Einbringung außerhalb des Privaten ermöglicht. Daraus folgt in der Bedrohungskonzeption auch, dass ein Staat bzw. dessen Gesellschaft über die ‚Öffentlichkeit‘ und deren verschiedenen Ebenen angreifbar ist.

Die Digitalisierung verändert die institutionalisierten, kulturellen Prozesse, da sie die Medialität von Kommunikation, also die „**Verbindung von**

5 Das Konzept der ‚öffentlichen Meinung‘ geht mit dem Demokratieverständnis moderner, pluraler Demokratien einher und reproduziert sich auch im Völkerrecht bzw. in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (1948). In Artikel 19 werden „die Meinungsfreiheit, die Meinungsäußerungsfreiheit und implizit die Pressefreiheit sowie, als Folge schlimmer Erfahrungen mit rigoroser Informationsunterdrückung in totalitären Regimen der jüngsten Vergangenheit, die Informationsfreiheit garantiert“ (Gornig 1988: 99). Allerdings handelt es sich bei der völkerrechtlichen Umsetzung der „Meinungsäußerungs-, Informations- und Pressefreiheit als innerstaatliche Rechte“ um „sanktionslose Postulate [...], deren Erfüllung die Völkerrechtsgemeinschaft nicht zu erzwingen vermag“ (ebd.: 100). Dies manifestiert sich unter anderem in der jährlich erscheinenden „Rangliste der Pressefreiheit“, welche die Lage in derzeit 27 von 180 Staaten als „sehr ernst“ einstuft (vgl. Reporter ohne Grenzen 2022a).

Zeichensystem und Kanal“ (Saxer 2012: 46, Herv. i. Orig.) durch das Einbringen neuer Kanäle um ein Vielfaches erweitert. Das Internet ermöglicht auf der technischen Ebene neue Formen der Medialität, die auf der sozialen, diskursiven Ebene angewendet werden. Das vormals institutionalisierte Kommunikationssystem wird brüchig und auf der Metaebene selbst zum Kommunikations- und Diskursgegenstand.

Indem die Kommunikation selbst zum Gegenstand von Aushandlungs- und Aneignungsprozessen wird, werden existenzielle Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens berührt, da die Verfahren, die zur Gewinnung einer allgemeingültigen Wirklichkeitskonstruktion, die die Gesellschaft im Inneren zusammenhalten, also die gemeinsam geteilte Kultur infrage gestellt werden.

Der Diskurs geht zwangsläufig über die technische Dimension von Medien – „die Erzeugung, Vervielfältigung, Speicherung, Verbreitung und den Empfang von Mitteilungen“ (Neuberger 2009: 23) – hinaus, da das „funktionale Zentrum von Medialität“, das „Komplexitätsmanagement durch Vergegenwärtigung von Sinn“ (Saxer 2012: 19), hier berührt wird. Neben der technischen Dimension rücken normative Fragen in den Fokus des Metadiskurses, der zwangsläufig auch die Teildiskurse berührt, da die „Entscheidungen über die Verwendung des Mediums“ (Neuberger 2009: 29) bzw. die Institutionalisierung eines neuen Mediums und neuer Medialitäten in sozialen Prozessen angeeignet, verfestigt und sozial verbindlich werden (vgl. ebd.: 27).

Die EU schließt daraus, dass „demokratische Prozesse zunehmend auf die Probe gestellt“ (EUAktion: 1) werden und dass aus der „vorsätzlichen Täuschung der Öffentlichkeit“ ein „öffentlicher Schaden“ für die demokratischen Prozesse, aber auch „für öffentliche Güter wie die Gesundheit der Unionsbürgerinnen und -bürger, die Umwelt und die Sicherheit“ (ebd.) resultieren kann. Dies gehöre zu hybriden Bedrohungen bzw. seien Instrumente der „hybriden Kriegführung“ wie bspw. „Desinformationskampagnen, insbesondere von Drittländern“ mit dem Ziel, „gesellschaftliche Debatten zu beeinflussen, Spaltungen herbeizuführen und in die demokratische Entscheidungsfindung einzugreifen“ (ebd.: 3). Damit wird das liberale repräsentative Demokratiemodell, welches das zeitgenössische Denken des sogenannten ‚Westens‘ über die erstrebenswerte Ordnung des Zusammenlebens großer Gesellschaftsformationen aktuell dominiert, zur militärischen Zielscheibe erhoben.

VII

Die ‚hybride Kriegsführung‘ oder die ‚neuen Kriege‘ zielen nicht auf einen schnellen Sieg oder eine große Schlacht ab, sondern nutzen die bereits in den ‚alten Kriegen‘ angelegten Überlegungen zu der Bedeutung von Informationen und der Unterstützung durch die öffentliche Meinung aus. Hier kommt den Akteuren nicht nur die Globalisierung oder die Proliferation zugute, sondern auch die Digitalisierung, die eine Informationsgenerierung sowie -verbreitung in einem nahezu globalen Ausmaß ermöglicht.

Daten und deren Übertragungswege werden als taktische Kriegsmittel konzeptualisiert, derer sich bedient werden muss, um den politischen Willen durchsetzen zu können (s. Kap. 5). Damit steht der durch die Digitalisierung angestoßene Strukturwandel auch in Wechselwirkung mit Kriegsführung, Militär und Sicherheitspolitik. Ähnlich der Unterscheidung in ‚Cyberkrieg‘ und in ‚Informationskrieg‘ wird zwischen der technischen Dimension von *Information* als Möglichkeit effizienter Ausnutzung von Kommunikationswegen und einer pragmatischen Lesart von *Information* differenziert, die auf die menschliche und soziale Informationsverarbeitung und Realitätsgenerierung abzielt und so eine Entscheidungsgrundlage für menschliches Handeln liefert. Beide Konnotationen finden sich in der Kybernetik wieder, die von Norbert Wiener in den 1940er Jahren als das Forschungsfeld definiert wurde, welches sich laut des Titels des 1948 erschienen Buchs mit der „Regelung und Nachrichtenübertragung im Lebewesen und in der Maschine“ auseinandersetzt. Daraus entwickelte sich eine metaphorische Gleichsetzung des mathematischen Informationsmodells mit menschlicher Kommunikation, die trotz erheblicher Unterschiede einen entscheidenden Einfluss auf die im zu analysierenden Korpus verhandelten Sachverhalte hat.

Dies gründet in der Annahme des gemeinsamen Zeichen- oder Signalrepertoires zum zwischenmenschlichen Austausch. Demnach kann Kommunikation nur gelingen, wenn beide Systeme oder Kommunikationspartner:innen über einen gemeinsamen programmierten, kulturellen Zeichenschatz verfügen. Allerdings ist interpersonale Kommunikation mehr als ein Signalverarbeitungsprozess, an dessen Ende die Einteilung in Information oder Redundanz bzw. die exakte Wiedergabe der Ausgangsaussage steht. Das mathematische Informationsmodell stellt eine idealisierte Kommunikationssituation dar, bei der das Signal- oder Zeichenrepertoire auf beiden Seiten des Mitteilungsprozesses exakt dasselbe ist – ein Interpretationsspielraum, der aus dem kommunikativen Kontext entsteht, existiert nicht. Auch

kann Kommunikation nicht wie in diesen Modellen als Einbahnstraße ohne direkte, unvermittelte Rückkopplung zwischen den Kommunikationspartner:innen konzipiert werden.

Bereits diese kurzen Ausführungen lassen erahnen, dass der Versuch, mittels ‚Informationen‘ eine ganze Gesellschaft gezielt zu beeinflussen, ein schwieriges Unterfangen ist. Dies gilt insbesondere angesichts des Wandels der demokratischen Öffentlichkeit, der sich mit der Digitalisierung vollzieht. Während zuvor nur wenigen Agenda-Settern die diskursive Macht zufiel, Themen zu setzen, sind dazu inzwischen – bei Befolgung der sozial-digitalen Funktionslogik – potenziell alle Internetnutzer:innen befähigt. Dieses Phänomen kann als eine Emanzipation der Bürger:innen gelesen werden. Oder als eine Bedrohung für Öffentlichkeit und für demokratische Prozesse ausgelegt werden – dieser Strategie folgt die hier dargelegte analysierte Konzeption eines ‚Informationskrieges‘.

Der Argumentation folgend bedingt der digitale Strukturwandel Informationsaktivitäten – ein militärischer Oberbegriff für Handlungen, die auf sämtliche Elemente des Informationsprozesses abzielen –, die den Willen des Gegners zu beeinflussen und dessen Zusammenhalt zu unterwandern versuchen:

„For example, by questioning the legitimacy of leadership and cause, information activities may undermine their moral power base, separating leadership from supporters, political, military and public, thus weakening their desire to continue and affecting their actions.”

(NATOInfoOps: 1–4)

Dieses Ziel – Gegner zu spalten und die Handlungsfähigkeit einzuschränken – verfolgten bereits die klassischen Kriegstheoretiker Sunzi (ca. 500 v. Chr.) und der im 19. Jahrhundert lebende Carl von Clausewitz. Seit deren Schriften haben sich jedoch die Kanäle der Informationsverarbeitung vervielfacht und damit auch die Möglichkeit, auf diese einzuwirken. Diese Unterscheidung in ‚prädigitale‘ und ‚digitale Kommunikationsbedingungen‘ ist zentral im Diskurs um einen ‚Informationskrieg‘, da dieses ‚Neue‘ die Begründung für einen ‚neuen Krieg‘ bzw. für neue Antworten auf einen Krieg liefert.

VIII

Die Bedeutungsvielfalt, die *Information* zugesprochen wird, ist im Kontext einer Erweiterung des Handlungsraums dienlich, da die „semantische Vagheit von Zeichen der natürlichen Sprache [...] die Möglichkeit [beinhaltet], unsere Wahrnehmungsprozesse variantenreicher und intentional schärfer perspektiviert zu gestalten“ (Felder 2010: 16). Indem sowohl die technische Komponente von Information und Kommunikation(-stechnologie) als auch deren soziale Aneignung in Form von Diskurs und Öffentlichkeit mit der Benennung als ‚Informationskrieg‘ impliziert werden, lässt sich daraus die Notwendigkeit einer militärischen Verantwortung in diesen Dimensionen argumentieren.

Das einende Moment beider Dimensionen entsteht mit der Konzeption eines umfassenden ‚Cyber- und Informationsraums‘, der unter Bezugnahme auf die Metaphorik des Raums Erkennungsmuster des ‚alten Krieges‘ für eine Neukonzeption hinsichtlich digitaler Strukturen anwendbar macht (s. Kap. 6).

Dafür werden die Machtverhältnisse⁶ und Gesetze der analogen Welt auf den Cyber- und Informationsraum übertragen. Dies geschieht nicht zuletzt durch die Raum-Metaphorik, die abstrakte technologische Vernetzungen in ein für Menschen bekanntes und daher greifbares Raumschema übersetzt. In dieser Metapher schwingt jedoch eine Annahme von Natürlichkeit mit, die für den Cyber- und Informationsraum als Artefakt nicht gegeben ist.

Indem zunächst das bildspendende Moment des ‚Raums‘ ideengeschichtlich kurz herausgearbeitet wird, lassen sich Analogien zu den ‚klassischen‘ Operationsräumen wie dem Land-, See- oder Luftraum herstellen. Diesen geographischen Konzeptionen kann eine abstrakte Anordnung von Kabeln,

6 Das „globale Dorf“ (McLuhan et al. 1995 [1962]: 39) ist auch im digitalen Zeitalter nicht die Lebensrealität der Weltbevölkerung geworden, stattdessen reproduzieren sich die Machtverhältnisse der physischen, analogen Welt (vgl. Hansel 2013: 36). Dies äußert sich bereits in den Kosten, welche beim Ausbau und Erhalt der materiellen Infrastruktur anfallen und den Umfang des Cyber-Raums entsprechend determinieren. So wird geschätzt, dass 2021 mit 3,8 Milliarden Menschen lediglich die Hälfte der Weltbevölkerung Zugang zum Internet hatten (vgl. Freedom House 2021: 6). Davon leben wiederum die Hälfte der Nutzer:innen in Ländern, deren Internetzugänge aus politischen Gründen durch Autoritäten gesperrt wurden (vgl. ebd.). So treibt bspw. China im eigenen Land das Projekt „Goldener Schild“ zur Kontrolle und Zensur des nationalen Internetverkehrs voran, während es sich weltweit auf dem Markt der Mobile Apps oder Unterseekabel engagiert, um diese für geheimdienstliche Zwecke instrumentalisieren zu können.

Servern, Rechnern etc. als materielle Angriffsfläche des Cyber-Raums entgegengestellt werden, die ideelle Dimension eines Informationsraums zielt hingegen auf den öffentlichen Raum als einen sozialen oder diskursiv geschaffenen Wahrnehmungsraum ab. Mit der Anwendung der Metaphorik des Raums werden vor allem die Dichotomien und Differenzen, die dem Raumkonzept inhärent sind, hervorgehoben (*highlighting*) und auf Öffentlichkeit und Gesellschaft übertragen. In der praktischen Manifestation dieser Übertragung in Strategiepapieren und Doktrinen ergeben sich geographische Grenzziehungen und Verantwortungsbereiche. So sind im Inneren eines Staatsgebiets die Polizei, der Verfassungsschutz, die Geheimdienste für die Wahrung der Sicherheit verantwortlich, der Bereich der Sicherheit im digitalen Raum ist in Deutschland im Bundesministerium des Inneren angesiedelt. Bedrohungen von außerhalb des staatlichen Hoheitsgebiets fallen vornehmlich in den Zuständigkeitsbereich der Bundeswehr und der Geheimdienste.

Diese klare Grenzziehung wird in dem Diskurs eines vorherrschenden ‚Informationskrieges‘ aufgelöst, da hier nicht mehr nur die Raum-Metaphorik bedient wird, sondern die Darstellung eines Netzes oder eines Netzwerks übernommen wird, um Informationsverbreitung und -verarbeitung innerhalb eines konzeptionellen Rahmens zu suggerieren.

Staaten, Menschen, Institutionen sind durch die Digitalisierung global miteinander vernetzt statt räumlich voneinander abgegrenzt. So existieren bspw. keine geographischen Grenzen, die auf der staatlichen und politischen Ebene an Völker- oder Gewohnheitsrecht gebunden sind. Der Cyber- und Informationsraum ist nicht lokalisierbar, also nicht an ein Hoheitsgebiet gebunden, so verläuft bspw. ein Teil der deutschen gesellschaftlichen, öffentlichen Kommunikation über amerikanische Plattformen wie X (vormals Twitter), Facebook und Instagram oder Snapchat, deren Server zum Teil in den USA und Schweden (Meta) stehen oder über den chinesischen Anbieter Tiktok. Forderungen wie die der EU, dass feindliche Informationsmaßnahmen, die im staatlichen Hoheitsgebiet stattfinden, von den Mitgliedstaaten aktiv, vorbeugend und gemeinsam bekämpft werden müssen (vgl. EUStratKom: Punkt 37), sind vor diesem Hintergrund nicht realisierbar. Sie zeigen jedoch exemplarisch die *secularization* dieses ‚neuen Raums‘ auf, indem festgehalten wird, dass der Cyber- und Informationsraum von Gegnern genauso genutzt werden kann wie von den NATO-Partnern, dazu zählt „to impart their own information and messages to try and sway publics and influence Alliance policy“ (NATOMilitary: 9).

Angriffe gegen die digitale Infrastruktur und die darüber vermittelten Botschaften können aus dem Inneren eines Staates kommen oder von außerhalb, die Attribution fällt nur selten eindeutig aus. Die Frage nach den Täter:innen ist genauso eine Frage nach den Zuständigkeiten, gleiches gilt für die dahinterliegende Intention – geht es um Erpressung wie in dem Fall des Angriffs auf die IT-Infrastruktur der Universitätsklinik Düsseldorf (vgl. Zeit Online 2020) oder um Spionage wie bei dem Hack des Intranetzes des Bundestages (vgl. Biselli 2016) – oder den (potenziellen) Schaden, den ein solcher Angriff anrichten kann?

Die Konsequenzen daraus sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht etwa bindende Regulierungen oder Richtlinien zur Kompetenzverteilung, sondern das Verschimmen von Verantwortlichkeiten und damit einhergehend eine Ausweitung des Handlungsraums einzelner Akteure.

IX

Dieser Handlungsraum vergrößert sich um eine weitere Dimension, nimmt man die menschliche und soziale Informationsverarbeitung und damit die ideelle Dimension eines Informationsraums hinzu, die ebenfalls in der Bedeutung von *Information* angelegt ist. Statt einer vernetzten Infrastruktur ist hier der öffentliche Raum als ein sozial oder diskursiv geschaffener Wahrnehmungsraum das Ziel der ‚kriegerischen‘ Aktivitäten (s. Kap. 6.4). Damit wird der Strukturwandel der Öffentlichkeit, der auch einen Strukturwandel der gesellschaftlichen Kommunikation, Wahrheits- und Identitätsfindung meint, für neue Kriegskonzeptionen anwendbar gemacht.

Die große Bedeutung, die diesem Wandel zugesprochen wird, liegt nicht zuletzt in der Annahme, dass wir in einer Informations- und Wissensgesellschaft leben. Für eine solche Gesellschaft ist die Verfügbarkeit von Information und Wissen, deren Zirkulation und Zugänglichkeit essenziell. Information wird als „ein neuer Produktionsfaktor – neben Rohstoffen, Arbeit und Kapital –“ (Capurro 1987: 5) verstanden bzw. in der militärischen Auffassung zu einer strategischen Ressource stilisiert, die ebenso einflussreich ist wie Kapital und Arbeit im vorangegangenen Industriezeitalter (vgl. WISAthena: 25). Auch wenn bereits die Militärtheoretiker Sunzi und Clausewitz Wissen und Informationen als Machtfaktoren verstehen, ohne die ein Krieg nicht entschieden werden kann, kommt dieser Annahme unter den Bedingungen der Digitalisierung und Globalisierung eine gestiegene Bedeutung zu.